

Antrag auf Einbürgerung

- gemäß ☐ § 10 StAG (Anspruchseinbürgerung)
☐ § 9 StAG (Ermessenseinbürgerung – deutscher Ehegatte)
☐ § 8 StAG (Ermessenseinbürgerung)

(Eingangsstempel)

Hinweis:

Ohne vollständige Angaben kann über Ihren Einbürgerungsantrag nicht entschieden werden. Bitte füllen Sie den Antrag in Druckschrift aus und beantworten Sie alle Fragen. Zutreffendes bitte ankreuzen ☑ oder ausfüllen, nicht Zutreffendes mit „entfällt“ oder „nicht zutreffend“ kennzeichnen. Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, so machen Sie weitere Angaben auf einem Beiblatt.

1. Angaben zur Person

Einbürgerungsbewerber(in)

Familienname und ggf. Geburtsname		Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort		
Kreis, Staat		E-Mail-Adresse	
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort) am Ort des dauernden Aufenthalts		Telefon-Nr.	
Familienstand ☐ ledig ☐ verheiratet ☐ verpartnert ☐ geschieden ☐ getrennt lebend ☐ verwitwet			
Tag und Ort der Eheschließung / Verpartnerung			

Ehegatte / Lebenspartner

Familienname und ggf. Geburtsname		Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort		
Kreis, Staat			
Staatsangehörigkeit(en)			
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort) am Ort des dauernden Aufenthalts			

Sind Sie mit mehreren Partnern verheiratet/verpartnert (egal ob spirituell, religiös, im Ausland etc.)?

☐ ja

☐ nein

Leben Sie in einer Ehe-/Lebenspartnerschaft mit mehreren Partnern?

☐ ja

☐ nein

Frühere Ehen / Lebenspartnerschaften

Frühere Ehen / Lebenspartnerschaften des Einbürgerungsbewerbers / der Einbürgerungsbewerberin		
☐ ja ☐ nein		
1. ☐ Ehe / ☐ LPartnerschaft	von bis	aufgelöst durch
Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten / Lebenspartners:		
2. ☐ Ehe ☐ LPartnerschaft	von bis	aufgelöst durch
Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten / Lebenspartners		

2. Status

Staatsangehörigkeitsverhältnisse

Im Falle eines positiven Abschlusses Ihres Einbürgerungsverfahrens erfolgt die Einbürgerung in den deutschen Staatsverband unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit. Bitte informieren Sie sich rechtzeitig bei Ihrer/n Heimatbehörde/n, ob im Falle einer Einbürgerung dennoch der Verlust der Heimatsstaatsangehörigkeit/en eintreten wird. Es wird ebenfalls eine Klärung empfohlen, ob Ihnen mit der Einbürgerung eventuell Meldepflichten über den Erwerb einer weiteren Staatsangehörigkeit an Ihre Heimatbehörde/n entstehen werden.

Derzeitige Staatsangehörigkeit(en)
sie ist / sind belegt (Pass, Staatsbürgerschaftsnachweis usw.) ☐ nein ☐ ja, durch:
Frühere Staatsangehörigkeit(en)
Grund des Verlustes
Verlust ist belegt durch

Besonderer Status

☐ Asylberechtigter	☐ nein ☐ ja
☐ Ausländischer Flüchtling	☐ nein ☐ ja
☐ Kontingentflüchtling	☐ nein ☐ ja
Status belegt durch	
Bestehen diese Gründe fort	☐ nein ☐ ja
Deutscher Reiseausweis ausgestellt am	durch

Wehrdienst

Wehrpflichtig ☐ ja ☐ nein	vom Wehrdienst befreit ☐ ja ☐ nein	Wehrdienst abgeleistet ☐ ja ☐ nein
Anderer Militärdienst ☐ ja ☐ nein	wenn ja: in wessen Diensten ☐ ja ☐ nein	Zeitraum (von/bis)

3. Aufenthalt

a) Auslandsaufenthalte

von	bis	in (Ort, Staat)
von	bis	in (Ort, Staat)
von	bis	in (Ort, Staat)

b) Inlandsaufenthalte

von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)

Aufenthaltstitel

Aufenthaltserlaubnis	☐ nein ☐ ja, gültig bis
Niederlassungserlaubnis	☐ nein ☐ ja
Daueraufenthaltskarte / Daueraufenthaltsbescheinigung – EU	☐ nein ☐ ja

4. Ausbildung / Beruf

Schul Ausbildung

von	bis	Art	Abschluss	Staat

Berufsausbildung

von	bis	Art	Abschluss	Staat

Arbeitsverhältnisse / selbständige Tätigkeiten der letzten acht Jahre

von	bis	Art	Arbeitgeber	Staat

5. Eltern

☐ Leibliche Eltern ☐ Adoptiveltern	Tag Ort und Staat der Eheschließung
	Adoptionsvertrag/Beschluss d. Vormundschaftsgerichts vom

Vater

Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	
Geburtsdag		Geburtsort / Staat	
Staatsangehörigkeit(en)			
Aktuelle Adresse			
Bereits verstorben ☐ nein ☐ ja, am			

Mutter

Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort / Staat	
Staatsangehörigkeit(en)		
Aktuelle Adresse		
Bereits verstorben ☐ nein ☐ ja, am		

Nur zu beantworten, wenn Einbürgerungsbewerber(in) minderjährig ist

Die Ehe der Eltern besteht fort ☐ ja ☐ nein Wenn „nein“, bitte auch die beiden folgenden Fragen beantworten!
Einbürgerungsbewerber(in) wird vertreten durch (z.B. „Vater“, „Mutter“ oder Name der berechtigten Person)
Das Recht der Vertretung beruht auf (Angabe der Gesetzesbestimmung oder der gerichtlichen Anordnung)

6. Kinder

Hier sind minderjährige und volljährige, eheliche und nicht eheliche Kinder einzusetzen!
Evtl. weitere Kinder bitte auf einem Beiblatt eintragen

1. Kind:

Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	☐ männlich ☐ weiblich
Geburtstag	Geburtsort / Staat		
Aktuelle Adresse			
Staatsangehörigkeit(en)		Das Kind soll mit eingebürgert werden ☐ ja ☐ nein	

2. Kind:

Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	☐ männlich ☐ weiblich
Geburtstag	Geburtsort / Staat		
Aktuelle Adresse			
Staatsangehörigkeit(en)		Das Kind soll mit eingebürgert werden ☐ ja ☐ nein	

3. Kind:

Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	☐ männlich ☐ weiblich
Geburtstag	Geburtsort / Staat		
Aktuelle Adresse			
Staatsangehörigkeit(en)		Das Kind soll mit eingebürgert werden ☐ ja ☐ nein	

4. Kind:

Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	☐ männlich ☐ weiblich
Geburtstag	Geburtsort / Staat		
Aktuelle Adresse			
Staatsangehörigkeit(en)		Das Kind soll mit eingebürgert werden ☐ ja ☐ nein	

5. Kind:

Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	☐ männlich ☐ weiblich
Geburtsdag	Geburtsort / Staat		
Aktuelle Adresse			
Staatsangehörigkeit(en)		Das Kind soll mit eingebürgert werden ☐ ja ☐ nein	

Von diesen Kindern (bitte jeweils die laufende Nummer von oben eintragen)

stammen aus der jetzigen Ehe:	stammen aus früheren Ehen:	sind nicht ehelich :
--------------------------------------	-----------------------------------	-----------------------------

**7. Nachweis über meine deutschen Sprachkenntnisse:
(Mindestanforderung: B1 des gemeinsamen europ. Referenzrahmens für Sprachen)**

☐ Abschlusszeugnis Hauptschule (Quali), Realschule, Gymnasium (Deutschland) ☐ 4 Schuljahreszeugnisse Hauptschule und/oder Realschule/Gymnasium (Deutschland) ☐ Abschlusszeugnis und Gesellenbrief deutsche Berufsausbildung (mindestens 2 Jahre) ☐ Zertifikat Deutsch auf dem Niveau B1 ☐ Zertifikat Deutsch auf dem Niveau B2 oder höher ☐ Sonstige deutsche Sprachkenntnisse

8. Nachweis über meine Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland:

☐ Abschlusszeugnis Hauptschule (Quali), Realschule, Gymnasium (Deutschland) ☐ Abschlusszeugnis und Gesellenbrief deutsche Berufsausbildung (mindestens 2 Jahre) ☐ abgeschlossenes Hochschulstudium in den Bereichen Rechts- und Gesellschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften und Politikologie ☐ erfolgreich abgelegter Einbürgerungstest oder Bescheinigung über die Teilnahme am Test „Leben in Deutschland“ mit Vermerk nach §10 Abs. 1 Nr. 7 StAG

9. Straftaten und Ermittlungsverfahren

Es sind alle Straftaten und Ermittlungsverfahren im Inland und Ausland anzugeben. Sie sind verpflichtet, auch strafrechtliche Verurteilungen anzugeben, die nicht in ein Führungszeugnis aufgenommen wurden.
§ 42 StAG

Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen. Angaben über Straftaten und Ermittlungsverfahren im In- und Ausland müssen angegeben werden (Pflichtangaben!)

Straftaten:

☐ nein _____ (Unterschrift) ☐ ja, folgende:

Datum	Tatbestand	Gericht	Strafmaß

Ermittlungsverfahren:

☐ nein _____ (Unterschrift) ☐ ja, folgende:

--

10. Wirtschaftliche Verhältnisse

Derzeitige Tätigkeit	Erlernte(r) Beruf(e)
----------------------	----------------------

Einkünfte**Monatliche
Bruttoeinkünfte**

Erwerbseinkünfte	☐ nein ☐ ja	
Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit	☐ nein ☐ ja	
Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	☐ nein ☐ ja	
Rente	☐ nein ☐ ja	
Unterhalt / Unterhaltsvorschuss	☐ nein ☐ ja	
Erziehungsgeld	☐ nein ☐ ja	
Kindergeld	☐ nein ☐ ja	
Wohngeld	☐ nein ☐ ja	
Arbeitslosengeld	☐ nein ☐ ja	
Arbeitslosengeld II (Hartz 4)	☐ nein ☐ ja	
Sonstige Einkünfte	☐ nein ☐ ja	

Vermögen / Schulden**Betrag / Wert in €**

Haus / Grundbesitz	☐ nein ☐ ja	
anderes Vermögen	☐ nein ☐ ja	
Hypotheken, Schulden	☐ nein ☐ ja	
Steuerrückstände	☐ nein ☐ ja	
Eintragungen im Schuldnerverzeichnis	☐ nein ☐ ja	(Amtsgericht, Aktenzeichen)
Unterhaltsverpflichtungen	☐ nein ☐ ja	(Empfänger)

Alterssicherung

Für Alterssicherung ist gesorgt

- ☐ nein
☐ ja, durch

- ☐ Gesetzliche Rentenversicherung
☐ Private Renten-/Lebensversicherung
☐ _____

Monatliche Bruttoeinkünfte der übrigen Familienangehörigen

(Name)	(Betrag)
(Name)	(Betrag)
(Name)	(Betrag)

Unterhaltsansprüche

Nur zu beantworten von Personen ohne eigene Einkünfte:

Unterhalt ist durch Unterhaltsansprüche gesichert ☐ nein ☐ ja	
(Name und Anschrift des Unterhaltspflichtigen)	(Monatliche Bruttoeinkünfte des Unterhaltspflichtigen)

11. Sonstiges

Ich habe in der Bundesrepublik Deutschland bereits früher die Einbürgerung beantragt ☐ nein ☐ ja (Behörde, Aktenzeichen) _____	
Wurde über den Antrag entschieden? ☐ nein ☐ das Verfahren läuft noch ☐ er wurde von mir zurückgenommen ☐ ja ☐ er wurde abgelehnt am _____	

12. Hinweise

Richtigkeit der Angaben:

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben und ich verpflichte mich, Änderungen zu meinen persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen unverzüglich und unaufgefordert der Einbürgerungsbehörde mitzuteilen und durch entsprechende Unterlagen zu belegen.

Folgende Bestimmungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) habe ich zur Kenntnis genommen:

§ 35 StAG

- (1) Eine rechtswidrige Einbürgerung oder eine rechtswidrige Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit kann nur zurückgenommen werden, wenn der Verwaltungsakt durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben, die wesentlich für seinen Erlass gewesen sind, erwirkt worden ist.
- (2) Dieser Rücknahme steht in der Regel nicht entgegen, dass der Betroffene dadurch staatenlos wird.
- (3) Die Rücknahme darf nur bis zum Ablauf von zehn Jahren nach der Bekanntgabe der Einbürgerung oder Beibehaltungsgenehmigung erfolgen.
- (4) Die Rücknahme erfolgt mit Wirkung für die Vergangenheit.
- (5) Hat die Rücknahme Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit von Verwaltungsakten nach diesem Gesetz gegenüber Dritten, so ist für jede betroffene Person eine selbstständige Ermessensentscheidung zu treffen. Dabei ist insbesondere eine Beteiligung des Dritten an der arglistigen Täuschung, Drohung oder Bestechung oder an den vorsätzlich unrichtigen oder unvollständigen Angaben gegen seine schutzwürdigen Belange, insbesondere auch unter Beachtung des Kindeswohls, abzuwägen.

§ 42 StAG

Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen.

Mitwirkungspflicht:

Eine Einbürgerung in den deutschen Staatsverband ist nur möglich, wenn Sie als Antragsteller bei der Ermittlung eines Sachverhalts mitwirken (Art. 26 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG)). Bei einem Antrag auf Einbürgerung handelt es sich um ein mitwirkungspflichtiges Verwaltungsverfahren (§ 37 Satz 1 StAG in Verbindung mit § 82 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) und Art. 22 Satz 2 Nr. 2 BayVwVfG). Ohne diese Angaben und Nachweise ist die Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrags nicht möglich.

Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung:

Die im Antrag verlangten Angaben beruhen je nach Art der Einbürgerung auf die §§ 8 bis 14 StAG.

Ich bin damit einverstanden, dass das Bayer. Landesamt für Verfassungsschutz, das Amt für Soziales, die Agentur für Arbeit, das Jobcenter, die Arbeitsvermittlung, die Wohngeldstelle, das Amtsgericht, das Zentrale Vollstreckungsgericht (Vollstreckungsportal), die Kriminalpolizei, die Polizeidienststelle, das Ausländeramt, das Bundeszentralregister, das Ausländerzentralregister, die Berufs- und Ständevertretung, das Jugendamt, das Zentrum Bayern Familie und Soziales und das Amt für Ausbildungsförderung zum Nachweis der Angaben zu den Fragen 1.1., 1.3., 2 und 5, 6 befragt werden können (§ 35 Sozialgesetzbuch – SGB I i.V.m. §§ 67, 67a, 67b Abs. 2 SGB X).

Auskunft durch die Finanzbehörden:

Mit der Auskunftserteilung nach § 30 Abs. 4 Nr. 3 Abgabenordnung (AO) über meine Einkommensverhältnisse, einschließlich etwaiger Steuerstraßverfahren, bin ich einverstanden.

Verwaltungsgebühr:

Mir ist bekannt, dass für die Genehmigung der Einbürgerung (pro Erwachsene 255 € / pro miteinzubürgernde Kinder 51 €), für die Ablehnung oder für die Zurücknahme des Einbürgerungsantrages eine Verwaltungsgebühr zu bezahlen ist.

Information zur Verarbeitung Ihrer Daten in der Staatsangehörigkeitsbehörde

Verantwortlich für die Verarbeitung ist das Landratsamt Ansbach. Informationen zur Verarbeitung Ihrer Daten und zu Ihren diesbezüglichen Rechten finden Sie auf unserer Internetseite www.Landkreis-Ansbach.de unter Menü in den Bereichen Landratsamt-Formulare-Kategorie Datenschutz. Bei Bedarf bzw. falls Sie über keinen Internetzugang verfügen, erhalten Sie weitere Informationen von Ihrem zuständigen Sachbearbeiter.

13. Unterschriften

Einbürgerungsbewerber/in

Ich beantrage meine Einbürgerung.

Ort, Datum

Unterschrift(en) des Einbürgerungsbewerbers
oder der/des gesetzlichen Vertreter(s)

Miteinbürgerung von Kindern

Ich / Wir beantrage(n) die Miteinbürgerung bzw. Einzeleinbürgerung von Kindern, wie bei Randnummer 6. erläutert.

Ort, Datum

Unterschrift(en) des Einbürgerungsbewerbers
oder der/des gesetzlichen Vertreter(s)

14. Unterschrift Meldebehörde

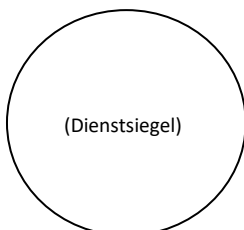
Die vorstehende(n) Unterschrift(en) wurde(n) vor mir vollzogen.
Die Echtheit der Unterschrift(en) wird hiermit beglaubigt.

Der / die Antragsteller ist / sind hier seitmelderechtlich erfasst.

Ort, Datum

Name der Behörde

Unterschrift und Amtsbezeichnung



Öffnungszeiten

Mo bis Fr von 8 - 12 Uhr
und nach Vereinbarung

Anlagen zum Einbürgerungsantrag

Für Fragen wenden Sie sich bitte an den/die zuständige(n) Mitarbeiter(in):

Familiennamen von A(ohne Al)-C	Familiennamen von Al, P, O und Q	Familiennamen von D-J	Familiennamen von M, N und S	Familiennamen von K-L, R, T und U-Z
Frau Lischka Staatsangehörigkeits- behörde Tel.: (0981) 468-3317 Fax.: (0981) 468-3319 Zimmer Nr. U.46 E-Mail: renate.lischka@landratsamt-ansbach.de	Frau Leit Staatsangehörigkeits- behörde Tel.: (0981) 468-3311 Fax.: (0981) 468-3319 Zimmer Nr. U.48 E-Mail: stella.leit@landratsamt-ansbach.de	Frau Helmreich Staatsangehörigkeits- behörde Tel.: (0981) 468-3322 Fax.: (0981) 468-3319 Zimmer Nr. U.46 E-Mail: bettina.helmreich@landratsamt-ansbach.de	Frau Durakovic Staatsangehörigkeits- behörde Tel.: (0981) 468-3304 Fax.: (0981) 468-3319 Zimmer Nr. U.46 E-Mail: dina.durakovic@landratsamt-ansbach.de	Frau Nepovedomy Staatsangehörigkeits- behörde Tel.: (0981) 468-3323 Fax.: (0981) 468-3319 Zimmer Nr. U.46/48 E-Mail: lea.nepovedomy@landratsamt-ansbach.de

☐ Antrag auf Einbürgerung für jede Person über 16 Jahre

☐ [Einbürgerung - Antrag / Landkreis Ansbach \(landkreis-ansbach.de\)](#) oder [Start – Einbürgerung - Antrag \(bayern.de\)](#)

☐ ggf. gültiger Nationalpass/ Passersatzpapier mit gültigem Aufenthaltstitel

☐ Sprachkurszeugnis/ 4 deutsche Schulzeugnisse/ Zeugnis über Schulabschluss/ Nachweis über Studienabschluss/ Nachweis über abgeschlossene Ausbildung

☐ ggf. Integrationskurszettel

☐ Nachweis über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland (z.B. Nachweis über einen deutschen Schulabschluss (Hauptschule oder höher), Einbürgerungstest)

☐ ggf. Geburtsurkunde mit Übersetzung / deutsche Geburtsurkunde / Nüfus **des Antragstellers**

☐ ggf. Geburtsurkunde mit Übersetzung / deutsche Geburtsurkunde / Nüfus **des Kindes**

☐ ggf. Heiratsurkunde mit Übersetzung oder internationale Heiratsurkunde / deutsches Familienbuch / deutsche Heiratsurkunde

☐ ggf. Scheidungsurteil / Scheidungsurteil mit Übersetzung / Nachweis über Sorgerecht

☐ Rentenversicherungsverlauf / die letzten 3 Lohnabrechnungen / Rentenbescheid / Bescheid über Grundsicherung bzw. ARGE-Leistungen / Arbeitslosengeldbescheid / Bescheinigung vom Steuerberater + Nachweis über Kranken-, Pflege-, Erwerbsunfähigkeit + Altersvorsorge des Antragstellers

☐ Arbeitgeberbestätigung

☐ [\(Arbeitgeberbestätigung zur Vorlage bei der Einbürgerungsbehörde / Landkreis Ansbach \(landkreis-ansbach.de\)\)](#)

☐ Verdienstbescheinigung und Rentenversicherungsverlauf **des Ehegatten**

☐ Staatsangehörigkeitsausweis / Einbürgerungsurkunde / Spätaussiedlerbescheinigung **des Ehegatten**

☐ Die Einbürgerungsgebühr beträgt für **Erwachsene 255€**, für **miteinzubürgernde Kinder 51€**

***Bitte senden Sie uns die beglaubigten Kopien im Original zu.**

Bei elektronischer Antragsstellung oder Zusendung von Kopien ist die Vorlage der Originale bei der persönlichen Vorsprache erforderlich.